

# **Determinanten der Beteiligung bei der Europawahl 2004**

Michael Scharkow  
scharkow@zedat.fu-berlin.de

31. März 2005

HS Europawahlen und europäische Integration

Dozent: Bernhard Weißels

Wintersemester 2004/05

Freie Universität Berlin  
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Theorien und empirische Befunde zur Beteiligung bei Europawahlen</b>	<b>4</b>
2.1	Einige Vorbemerkungen zur Fragestellung . . . . .	4
2.2	Institutionelle und Kontext-Faktoren bei Europawahlen . . . . .	5
2.3	Individuelle Prädiktoren der Wahlbeteiligung . . . . .	7
2.4	Europaspezifische Einflussfaktoren . . . . .	8
<b>3</b>	<b>Gibt es europaspezifische Wahlenthaltung? – ein Analyseversuch</b>	<b>10</b>
3.1	Zu den Daten und Indikatoren . . . . .	10
3.2	Übersicht und bivariate Korrelationen . . . . .	12
3.3	Multivariates Analysemodell . . . . .	14
<b>4</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>18</b>
	<b>Literatur</b>	<b>19</b>

## Tabellenverzeichnis

1	Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland . . . . .	3
2	Europawahl 2004: Umfragedaten und Wahlergebnis . . . . .	11
3	Vermutete Determinanten der Wahlbeteiligung . . . . .	11
4	Korrelate der berichteten Wahlbeteiligung . . . . .	13
5	Einstellungen zur EU und Wahlbeteiligung . . . . .	15
6	Determinanten der Wahlbeteiligung: Varianzaufklärung . . . . .	15
7	Determinanten der Wahlbeteiligung . . . . .	16

# 1 Einleitung

Die Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist für Politik und die Wissenschaft gleichermaßen ein unbequemes Thema: Zum einen ist die Beteiligung seit den ersten Europawahlen 1979 praktisch stetig gesunken, was immer wieder zum Anlass für Diskussionen zum Thema Europa- und Politikverdrossenheit genommen wird, wobei wechselseitig sowohl den Bürgern als auch den Parteien immer wieder mangelndes Engagement bei den Wahlen vorgeworfen wird. „Es erscheint berechtigt, im Zusammenhang mit der Europawahl von einer ‚Pflichtübung‘ zu sprechen, denn das Interesse ist nicht nur auf Seiten der Bürger gering.“ (Wüst und Roth 2005: 1)

Zum anderen bemüht sich die wahlsoziologische Forschung seit Jahren, genau jene Faktoren herauszuarbeiten, die ausgerechnet bei der Europawahl dafür sorgen, dass Bürger, die bei nationalen Wahlen selbstverständlich ihre Stimme abgeben, nun zu Hause bleiben. Für die Politik der Europäischen Union ist vor allem die Frage brisant, ob denn die verstärkte Enthaltung bei der Wahl der EU-Parlamentarier eine „Botschaft“ an die politischen Eliten enthält, die ja den europäischen Einigungsprozess maßgeblich vorangetrieben haben und dies noch heute tun. Negativ formuliert bedeutet das: Gibt es europafeindliche Wahlenthaltung, nach dem Motto „Wozu brauchen wir ein europäisches Parlament? Wir sollten lieber bei uns Ordnung schaffen“ (Schmitt und van der Eyck 2003: 279).

Dies ist auch deshalb ein unbequemes Thema, weil die Antworten auf diese Frage durchaus kontrovers sind (vgl. Blondel et al. 1998; Schmitt und van der Eyck 2003). Erschwerend kommt hinzu, dass für die Wahlbeteiligung eine Reihe von Kontextfaktoren relevant sind, die sowohl im europäischen Vergleich als auch über die Zeit (und das sind mittlerweile 25 Jahre) variieren. Das Verhältnis von Einstellungen zur EU und entsprechendem Wahlverhalten ist also ein *moving target*, da nicht immer klar festgestellt werden kann, ob ein vermuteter Effekt nun generell nicht besteht oder vom zeitlichen und institutionellen Kontext überlagert wird.

In dieser Arbeit soll der Frage nach europaspezifischen Einflüssen auf die Wahlbeteiligung mit Hilfe von Umfragedaten auch der deutschen Nachwahlbefragung 2004 auf den Grund gegangen werden. Dieses Vorgehen unterliegt natürlich den gerade genannten Restriktionen, was die Interpretation des zeitlichen und nationalen Kontextes angeht, schließt aber direkt an vorangegangene Untersuchungen, etwa von Schmitt und van der Eyck (2003) an, was den Vergleich der Ergebnisse erleichtern soll.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland

	1979	1984	1989	1994	1999	2004
Wahlbeteiligung (in Prozent)	65,7	56,8	62,3	60,0	45,2	43,0

Quelle: Europäisches Parlament

## 2 Theorien und empirische Befunde zur Beteiligung bei Europawahlen

### 2.1 Einige Vorbemerkungen zur Fragestellung

In dieser Arbeit soll der Wahlbeteiligung auf der Individualebene nachgegangen werden, da diese nicht nur wahlsoziologisch interessant, sondern auch politisch bedeutsam ist. Obwohl spätestens seit der Europawahlstudie von Franklin et al. (1996) offensichtlich ist, dass institutionelle und kontextuelle Faktoren einen großen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, bleiben doch einige relevante Fragen offen: Können diese Faktoren den Unterschied in der Beteiligung zwischen Europa- und nationalen Wahlen erklären, den Rose (2004) *Euro-Gap* nennt? Können sie das stetige Absinken der Beteiligungsrate seit 1979 erklären?

Die Erklärung für die *Euro-Gap* lautet seit vielen Jahren, dass Europawahlen als weniger wichtig empfunden werden. Sie sind Wahlen zweiter Klasse, weil nun einmal nicht so viel auf dem Spiel stünde wie bei nationalen Parlamentswahlen (Schmitt 2005). Daran schließt jedoch die Frage an, warum die Bürger die Wahlen zum EP als zweitrangige nationale Wahlen behandeln, und dies seit Jahren in zunehmendem Maße, wo doch die faktische und wahrgenommene politische Bedeutung der EU in vielen Politikfelder seit Jahren zunimmt und teilweise die nationale Gesetzgebung dominiert (vgl. Wüst und Roth 2005).

Hier schließt sich nun eine Hypothese an, die davon ausgeht, dass es europabezogene Nichtwahl gibt, d.h. verschiedene Einstellungen zur EU und deren Institutionen sich auf die Entscheidung, wählen zu gehen auswirken. In der bisherigen Literatur ist diese Hypothese nicht unumstritten: Während sowohl Franklin et al. (1996) als auch Schmitt und van der Eyck (2003) keine Effekte in dieser Richtung feststellen können, meinen Blondel et al. (1998) solche erkannt zu haben<sup>1</sup>. Trotzdem spricht grundsätzlich nichts dagegen, dass eine solche strategische Nichtwahl als Möglichkeit politischen Verhaltens von den EU-Bürgern genutzt wird.

Obwohl die folgende empirische Analyse sich ausschließlich auf die deutsche Nachwahlbefragung der EES bezieht, mithin kein internationaler Vergleich möglich ist und keine Varianz bei den institutionellen Faktoren besteht, sollen diese im kommenden Abschnitt wenigstens erwähnt werden, da sie in der Theorie und Empirie der Wahlbeteiligungsforschung einen großen Stellenwert besitzen. Es wird dabei in der Reihenfolge vorgegangen, die sich an der Analysestrategie von Schmitt und van der Eyck (2003) und Blondel et al. (1998) anlehnt, in der erst Kontext-, dann allgemeine und schließlich europaspezifische Individualmerkmale in das Modell aufgenommen werden.

---

<sup>1</sup> Nicht nur Schmitt und van der Eyck (2003) stehen diesen Erkenntnissen aus verschiedenen Gründen skeptisch gegenüber. Angesichts der Tatsache, dass Blondel et al. unter anderem den Einfluss von individuellen Einstellungen auf *unfreiwillige* Nichtwahl modellieren, sind sowohl die Ergebnisse ihrer Schätzungen als auch die daraus folgenden Schlüsse wenig vergleich- oder nachvollziehbar.

## 2.2 Institutionelle und Kontext-Faktoren bei Europawahlen

Angesichts der Unterschiede bezüglich der Wahlbeteiligung in den einzelnen EU-Mitgliedsländern liegt die Vermutung nahe, dass (national unterschiedlich ausgeprägte) institutionelle Faktoren die Wahlbeteiligung beeinflussen. Dies gilt selbstverständlich für alle Wahlen, doch sind die Konsequenzen national verschiedener Wahlbedingungen nicht unerheblich für die Repräsentation der Elektorate im Europäischen Parlament. Für die vorliegende Arbeit, in der eben kein Vergleich zwischen Ländern angestellt werden soll, sind diese Faktoren nicht von Bedeutung, nichtsdestotrotz sind die institutionellen Einflüsse relevant, wenn es um die Frage geht, inwieweit eine Vereinheitlichung der Wahlbedingungen in allen Mitgliedsländern zur Bildung eines europäischen Elektorates beitragen kann.

### Wahlpflicht

Wenig überraschend ist die Tatsache, dass (Quasi-)Wahlpflicht den größten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat, wie Franklin et al. (1996) und Rose (2004) übereinstimmend berichten. In den betroffenen Ländern Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien ist die Beteiligung dementsprechend überdurchschnittlich hoch, obgleich es auch dort eine „Euro-Gap“ in der Beteiligung gibt (vgl. Rose 2004: 2). Die seit 1979 kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung in Europa ist laut Schmitt und van der Eyck (2003) auch auf Kompositionseffekte in der Wählerschaft zurückzuführen, da der Anteil an Wähler mit Wahlpflicht im Zeitverlauf abnimmt. Allerdings kann der ebenfalls sinkende Beteiligungsgrad in Deutschland dadurch nicht erklärt werden. Davon unberührt bleibt natürlich die normative Frage, ob eine solche künstliche Erhöhung der Wahlbeteiligung für eine liberale Demokratie überhaupt wünschenswert ist.

### Sonntagswahl

Obwohl viele Autoren dem Umstand, dass Wahlen an einem Sonntag oder allgemein arbeitsfreien Tag abgehalten werden, Bedeutung für die Wahlbeteiligung zuschreiben, sind sowohl die Hypothesen als auch die empirischen Belege für einen solchen Effekt widersprüchlich. Zum einen kann die These vertreten werden, dass durch die Setzung des Wahltermins auf einen freien Tag der Anteil der beruflich verhinderten Nichtwähler gesenkt werden kann, andererseits kann man insbesondere im Falle von „second-order-elections“ vermuten, dass die Wahlberechtigten an solchen Tagen ungern auf ihre Freizeitaktivitäten zugunsten des Urnengangs verzichten. Mithin ist also nicht klar, ob Sonntagswahl nun die Wahlbeteiligung erhöht oder senkt. Franklin et al. (1996: 318) konstatieren für die Wahl 1994 einen positiven Effekt der Sonntagswahl, während Rose (2004) für die Europawahl 2004 keinen signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung entdeckt. Schmitt (2005: 9) berichtet für dasselbe Jahr sogar einen signifikanten negativen Effekt der Sonntagswahl.

## **Wahlssystem**

Eine weitere Einflussgröße, die durch das politische System gesetzt wird, ist das Wahlsystem an sich, genauer: die Proportionalität des Wahlsystems. „High proportionality, by ensuring that votes are more directly translated into parliamentary seats, enhances the predictable consequences of the voting act and helps create the circumstances for purposful behaviour“ (Franklin et al. 1996). Anders formuliert: Je geringer die Gefahr ist, eine verschwendete Stimme abzugeben, desto größer ist die Bereitschaft zu wählen. Die empirischen Ergebnisse bei Franklin et al. (1996) stützen diese Hypothese, während wiederum Rose (2004) keine signifikante Korrelation findet.

## **Gleichzeitige (nationale) Wahl**

Wenn wir uns nun dem politischen Kontext zuwenden, findet sich in der Literatur vor allem die Hypothese, und diese auch entsprechend empirisch untermauert, dass die Wahlbeteiligung bei Europawahlen steigt, wenn am gleichen Tag auch eine nationale Wahl, bzw. verallgemeinert eine „first-order-election“, abgehalten wird (vgl. Franklin et al. 1996; Rose 2004).<sup>2</sup> Die Hypothese kann außerdem auf regionale Wahlen erweitert werden, wie Blondel et al. (1998: 227) zeigen. Obwohl nationale Wahlen eine größere Anziehungskraft als Kommunalwahlen haben, kann jedoch angenommen werden, dass unabhängig von der Bedeutung der *anderen* Wahl die Bereitschaft, seine Stimme abzugeben, steigt, weil man, einmal im Wahllokal angekommen, eine Reihe von Wahlentscheidungen „in einem Abwasch“ erledigen kann.

Der Einfluss einer gleichzeitigen anderen Wahl ist für die vorliegende Arbeit von Bedeutung, da auch in der nationalen Stichprobe unterschiedliche Kontexte vorliegen: In einigen Bundesländern fanden parallel Kommunal- bzw. Landtagswahlen statt. Es wird die Hypothese zu prüfen sein, dass bei Bürgern dieser Länder die Wahlteilnahme wahrscheinlicher ist als bei denjenigen, die nur zur Europawahl geladen sind (vgl. Roth und Kornelius 2004; Wüst und Roth 2005).

## **Zeitpunkt der Wahl**

Neben der Tatsache, dass gleichzeitig stattfindende Wahlen die Bereitschaft, an der Europawahl teilzunehmen, „mitziehen“, spielt auch der Zeitpunkt der Wahl vor oder nach einer „first-order-election“ eine Rolle. Die These ist hier, dass Europawahlen attraktiver sind, wenn sie kurz vor einer *wichtigeren* Wahl stattfinden, weil sich der Wähler mit seiner Stimme größeren Einfluss auf die Politikangebote der Parteien für die kommende Wahl erhofft. Je näher also eine nationale Wahl, desto höher die Wahlbeteiligung, so die Hypothese von Franklin et al. (1996). Während diese Autoren einen relativ großen Einfluss des Zeitpunkts konstatieren, finden weder Blondel et al. (1998: 227-228) noch Schmitt (2005: 10) einen signifikanten Effekt in dieser Richtung.

---

<sup>2</sup> In einigen Ländern, z.B. Luxemburg, ist die Gleichzeitigkeit von nationalen und Europawahlen mehr oder minder institutionalisiert, so dass sich auch hier die Frage stellt, inwiefern es wünschbar und realistisch ist, mit einer Synchronisierung von Legislaturperioden und Wahlterminen die Wahlbeteiligung zu steigern (vgl. Blondel et al. 1998: 248-249).

### 2.3 Individuelle Prädiktoren der Wahlbeteiligung

Die wahlsoziologische Forschung hat in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Faktoren auf der Individualebene identifiziert, die die Entscheidung für oder gegen den Gang zur Urne beeinflussen. Obwohl die meisten solcher Nichtwähler-Studien im Kontext von nationalen Wahlen durchgeführt worden, spricht weder theoretisch noch empirisch etwas gegen die Annahme, dass die im folgenden nur kurz besprochenen Faktoren auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament wirken. Auf eine Diskussion der Theorien des Wahlverhaltens, insbesondere im Hinblick auf die Wahlbeteiligung, soll an dieser Stelle verzichtet werden, da diese den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde und zudem von anderen Autoren ausführlich und besser dargestellt worden ist, siehe dazu die Arbeiten von Eilfort (1994) und vor allem Kleinhenz (1995).

#### **Soziodemographie**

Alter, Bildung, und Geschlecht werden traditionell in die Analysen von Wahlverhalten eingeschlossen, obwohl sie für sich genommen weder analytischen noch praktisch-politischen Erkenntnisgewinn versprechen. Wir wissen, dass Alter die Wahlbeteiligung beeinflusst, für jüngere und alte Wahlberechtigte zeigt sich ein negativer Effekt, der sich durch einen kurvilinearen Zusammenhang darstellen lässt. Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind in den letzten Jahrzehnten in westlichen Demokratien praktisch verschwunden, und wo sie zu finden sind, lassen sie sich fast immer auf das unterschiedliche Bildungsniveau zurückführen.

Bildung selbst ist als eigenständiger Effekt zumindest umstritten: Während man grundsätzlich davon ausgehen kann, dass zumindest Lese- und Schreibkenntnisse Voraussetzung für die Wahl bzw. die Registrierung dafür sind, also *facilitative factors*, spielt diese Minimalanforderung in westlichen Demokratien praktisch keine Rolle, sondern Bildung wird als *motivational* angesehen, und verliert bei Kontrolle von Variablen wie politischem Interesse an Bedeutung (vgl. Franklin et al. 1996: 326).

Die ebenfalls häufig verwendeten Indikatoren Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchengangshäufigkeit sind in diesem Sinne ebenfalls nur Proxy-Variablen für echte politische Faktoren wie Parteibindung und Wahlwahrscheinlichkeit einer bestimmten Partei.

#### **Politisches Anteilnahme**

Für die Entscheidung, an einer Wahl teilzunehmen, ist die politische Anteilnahme von entscheidender Bedeutung. Wer sich für Politik interessiert, den Wahlkampf in den Medien verfolgt und darüber mit anderen spricht, wird mit einer höheren Wahrscheinlichkeit wählen als diejenigen, an denen der politische Prozess mangels Interesse vorbeigeht, dies kann für alle Europawahlen der letzten Jahrzehnte gezeigt werden (vgl. Franklin et al. 1996; Blondel et al. 1998; Schmitt und van der Eyck 2003; Schmitt 2005)

#### **Parteibindung/Unterstützung von Parteien**

Obwohl das Konzept der Parteibindung bei Europawahlen schwerlich mit demjenigen aus dem amerikanischen Kontext gleichzusetzen ist, ist die vermutete Konsequenz die-

selbe: Wer sich einer Partei verbunden fühlt, geht eher wählen als ein parteipolitisch ungebundener Bürger. Dabei spielt sowohl die affektive Parteibindung als auch die (eher instrumentelle) Motivation, die die attraktivste der vorhandenen Parteien dem Wähler bietet, eine Rolle (Franklin et al. 1996: 315-316).

### **Attraktivität der Parteipolitik, Kompetenz der Parteien**

Die Frage nach der Attraktivität von Wahlalternativen ist jedoch nicht nur von den Einstellungen zu diesen Akteuren abhängig, sondern auch von den konkreten Inhalten, die diese zur Wahl stellen. Die Theorie rationalen Wählens geht davon aus, dass der Bürger diejenige Alternative wählt, die ihm inhaltlich am nächsten steht *und* glaubhaft machen kann, diese Position auch erfolgreich in politisches Handeln umzusetzen. Im Umkehrschluss heißt das, dass der Bürger der Wahl fernbleibt, wenn er sich nicht für eine Partei entscheiden kann, sei es weil diese die gleichen Positionen vertreten, zu weit von den eigenen Vorstellungen abweichen, oder ihr die Problemlösungskompetenz nicht zugeschrieben wird (Schmitt und van der Eyck 2003: 287-288).

Bezogen auf Wahlen zum Europäischen Parlament lässt sich hieran die Frage anknüpfen, ob denn das Angebot der Parteien der Nachfrage im politischen Spektrum gerecht wird, insbesondere in wirklich *europäischen* Issues. Da dies zur Zeit offensichtlich nicht der Fall ist, wie Faas (2003) eindrucksvoll zeigen kann, steht die Frage im Raum, ob die Bürger dies wahrnehmen und gegebenenfalls durch Nichtwahl sanktionieren.

## **2.4 Europaspezifische Einflussfaktoren**

### **Bewertung der Politik europäischer Integration**

Angenommen, ein Bürger mit europafeindlichen Einstellungen geht in Deutschland mit geringerer Wahrscheinlichkeit bei den Europawahlen wählen als sein europafreundlicher Nachbar, kann das zwei Gründe haben: Zum einen gibt es praktisch kein Angebot für Integrationsgegner, so dass selbst ein prinzipiell wahlbereiter Bürger seine Stimme nicht geltend machen kann (vgl. Faas 2003: 411). Zum anderen liegt der Verdacht nahe, dass Europagegner die (durch die Institution Europawahl praktisch vorangetriebene) Politik der Integration prinzipiell ablehnen und deshalb der Wahl fernbleiben (vgl. Schmitt und van der Eyck 2003: 286-287).

### **Vertrauen in die EU**

Ebenso kann argumentiert werden, dass Vertrauen in die Institutionen der EU die Wahlbeteiligung beeinflusst, nur ist in der theoretischen Diskussion noch nicht geklärt, welche Richtung dieser Effekt hat. Nach der „Normalisierungsthese“ sollte die Wahlbeteiligung negativ von der generalisierten, diffusen Unterstützung der EU abhängen, da „bei stabilen, länger anhaltenden Verhältnissen und einem Grundvertrauen in die Institutionen die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Freiheit, sich nicht zu beteiligen, stärker Gebrauch machen“ (Roth und Kornelius 2004: 51). Vertreter der „Krisentheorie“ würden hingegen einen positiven Zusammenhang zwischen Unterstützungsgrad

und Wahlbeteiligung vermuten, da in diesem Fall Wahlenthaltung als Konsequenz von Vertrauensverlust zu interpretieren wäre.

Unabhängig von der Richtung des Zusammenhangs gilt es jedoch, zwischen verschiedenen Arten politischer Unterstützung und deren Auswirkungen auf die Wahlentscheidung zu unterscheiden. Dies betrifft einerseits die Objekte und Ebenen politischer Unterstützung, also ob der Bürger den Institutionen, Akteuren oder dem politischen System der EU vertraut, und die Art und Weise der Unterstützung, d.h. affektiver oder instrumenteller bzw. diffuser oder spezifischer Support (vgl. Kleinhenz 1995: 60). Anders formuliert: Spielt es für die Wahlbeteiligung eine Rolle, ob man stolz ist, EU-Bürger zu sein, deren Institutionen vertraut, die Mitgliedschaft einfach gut findet, mit der Demokratie oder den konkreten Leistungen der EU zufrieden ist?

Im folgenden Abschnitt werden also zwei Fragen zu prüfen sein: Welchen Einfluss haben die europaspezifischen Einstellungen der Bürger auf deren Bereitschaft, an Europawahlen teilzunehmen? Und falls es einen solchen Einfluss gibt, haben die einzelnen europabezogenen Einstellungen unterschiedlich starke Effekte? Die zweite Frage ist angesichts der Forschungsergebnisse von Franklin et al. (1996), Blondel et al. (1998) und Schmitt und van der Eyck (2003) reichlich voraussetzungsvoll, soll aber nichtsdestotrotz im Auge behalten werden.

## 3 Gibt es europaspezifische Wahlenthaltung? – ein Analyseversuch

### 3.1 Zu den Daten und Indikatoren

Die folgende Analyse basiert auf den Daten des deutschen Teils der European Election Study (EES) 2004. Es handelt sich dabei um eine telefonische Nachwahlbefragung, die im Juni 2004 durchgeführt wurde. Die Berechnungen beziehen sich auf die ungewichtete Stichprobe von 596 Personen. Zunächst noch einige Bemerkungen zur Qualität der Umfragedaten im Kontext von Fragen der Wahlbeteiligung:

Seit Jahrzehnten sehen sich Wahlforscher dem Problem des *Overreporting* gegenüber, d.h. ein Teil der tatsächlichen Nichtwähler gibt bei der Befragung an, gewählt zu haben. Dieses Phänomen lässt sich mit der sozialen Wünschbarkeit der Wahlbeteiligung, also der „Wahlnorm“ erklären, die in Deutschland und anderswo trotz real sinkender Wahlbeteiligung noch immer zu wirken scheint (vgl. Kleinhenz 1995: 126f.). Der Anteil der „unaufrichtigen“ Nichtwähler liegt im vorliegenden Datensatz bei knapp 30 Prozent, also verhältnismäßig hoch<sup>3</sup>, obwohl man vermuten könnte, der *second-order*-Charakter der Europawahlen verringere den Einfluss der Wahlnorm auf die Befragten. Im übrigen fand sich in den Daten kein weiterer Indikator, mit dessen Hilfe man die „unaufrichtigen“ Nichtwähler identifizieren kann, um etwa ein Konstrukt wie den „potentiellen Nichtwähler“ in der Analyse zu verwenden. Ebenso wenig ist es möglich, zwischen absichtlichen und unfreiwilligen Nichtwählern zu unterscheiden, wobei der Nutzen dieser Unterscheidung und der sich darauf beziehenden Analyse für die Fragestellung ohnehin zweifelhaft ist, da „bei Europawahlen bisher keine Epidemien ausgebrochen sind und auch keine anderen Naturkatastrophen bekannt geworden sind, die Bürger in großer Zahl von den Wahlurnen hätten fernhalten können“ (Schmitt und van der Eyck 2003: 286).

Für die Ergebnisse der folgenden Analyse lässt sich mit einiger Berechtigung vermuten, dass die Schätzungen von Koeffizienten eher zu niedrig als zu hoch sein werden, da die Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern unterschätzt werden, wenn in der Gruppe der Wähler ein beträchtlicher Anteil von Befragten auftaucht, die faktisch nicht gewählt haben. In diesem Sinne sind die Schätzungen konservativ.

Die vorliegende Untersuchung orientiert sich sowohl in der Operationalisierung als auch in der Analysestrategie sehr stark an Schmitt und van der Eyck (2003), zum einen weil damit ein Vergleich der Ergebnisse mit denen der 1999er Europawahl möglich wird, zum anderen da die von den Autoren gewählte Vorgehensweise eine sinnvolle Identifikation und Eingrenzung relevanter Faktoren verspricht. Die vermuteten Einflussgrößen auf die Wahlbeteiligung und deren Indikatoren finden sich in Tabelle 3, wobei im Unterschied zu Schmitt und van der Eyck (2003) *political efficacy* mangels pas-

---

<sup>3</sup> Eilfort (1994: 90) berichtet einen Anteil von 25 Prozent als empirischen Regelwert, während Kleinhenz (1995: 90) für die Bundesrepublik viel niedrigere Werte konstatiert, zudem aber einige sozialstrukturelle Besonderheiten der „unaufrichtigen“ Nichtwähler zeigen kann.

Tabelle 2: Europawahl 2004: Umfragedaten und Wahlergebnis

Europawahl 2004: Umfragedaten und Wahlergebnis (in Prozent)

	EES-Daten	amtl. Ergebnis	Differenz
Wahlbeteiligung	60,6	43,0	+ 17,6
Wahlbeteiligung, parallel andere Wahl	67,6	50,8	16,8
Wahlbeteiligung, keine andere Wahl	56,9	37,0	19,9

Quelle: Bundeswahlleiter und eigene Berechnungen

sender Fragen gar nicht auftaucht, während zusätzlich die Wechselwahlabsicht für die Bundestagswahl als Indikator für fehlende Parteibindung<sup>4</sup> benutzt wird. Die Indikatoren für die EU-spezifischen Einstellungen unterscheiden sich ebenfalls von denen bei Schmitt und van der Eyck (2003), so fehlen die Frage nach der nationalen EU-Politik und der Bereitschaft, anderen EU-Mitgliedern zu helfen, dafür sind einige Fragen des Institutionenvertrauens und der Unterstützung konkreter Integrationspolitik hinzugekommen. Schließlich wird eine Kontextvariable für gleichzeitig stattfindende Regionalwahlen im Wohnort der Befragten in die Analyse aufgenommen.

Tabelle 3: Vermutete Determinanten der Wahlbeteiligung

Faktor	Indikatoren
gleichzeitige Wahl	Wohnort (Bundesland)
Soziodemographie	Alter, Bildungsstand
polit. Interesse	Interesse für Politik/ am Wahlkampf
Wahrnehmung des Wahlkampfes	Medienkonsum, Anschlusskommunikation
Parteibindung/ -nähe	Parteibindung, Wahlwahrscheinlichkeit der attraktivsten Partei, Wechselwahlabsicht
Attraktivität der Parteipositionen	kleinste Differenz (links-rechts), kleinste Differenz (europ. Integration)
Kompetenz der Parteien	Problemlösungskompetenz für das wichtigste Problem
Unterstützung der EU	Unterstützung europ. Integration, Rechte von EU-Bürgern in Dtl., aff. Bindung EU
Vertrauen in die EU	Vertrauen i.d. Institutionen, Vertrauen i.d. Entscheidungen, Mitgliedschaft gut

<sup>4</sup> Die Wechselwahlabsicht kann überdies noch als Indikator für andere politische Einstellungen angesehen werden, etwa für Unzufriedenheit mit der Politik (der Regierungspartei), oder die Bereitschaft zum taktischen Wählen.

## 3.2 Übersicht und bivariate Korrelationen

Die Vorgehensweise der folgenden Analyse folgt in großen Teilen derjenigen der „Vorläuferuntersuchung“ zum Thema europaspezifischer Wahlenthaltung bei Europawahlen (Schmitt und van der Eyck 2003), weicht jedoch in einigen Punkten davon ab:

Zur Orientierung am Anfang dienen hier wie dort einfache bivariate Korrelationen, die uns Anhaltspunkte über eventuell bedeutsame Einflussgrößen geben. Nur die ausreichend großen und statistisch signifikanten Indikatoren<sup>5</sup> werden dann in einem weiteren Schritt in eine multivariate Regression übernommen, in der ein Kausalmodell der individuellen Wahlbeteiligung geschätzt wird. Um nun den europaspezifischen Einflüssen noch etwas weiter auf den Grund zu gehen, wird in Anlehnung zu Schmitt und van der Eyck (2003) ein Binnenmodell geschätzt, in dem die unterschiedliche Erklärungskraft der einzelnen Indikatoren analysiert werden soll.

Wie erwartet beeinflusst die Tatsache, dass parallel eine weitere Wahl im Wohnort stattfindet, die Beteiligung an der Europawahl erheblich. So liegt die berichtete Wahlbeteiligung in den betroffenen Bundesländern<sup>6</sup> im Durchschnitt rund zehn Prozent höher als in den Ländern, wo nur das Europäische Parlament gewählt wurde, was sich auch mit den realen Wahlergebnissen deckt, wie Tabelle 2 zeigt.

Die Ergebnisse der bivariaten Analyse in Tabelle 4 ähneln in verblüffendem Maße den von Schmitt und van der Eyck (2003: 297) berichteten Werten. So zeigen sich auch diesmal die stärksten Zusammenhänge bei den Items der politischen Anteilnahme, insbesondere beim Interesse für die Wahl unmittelbar davor, und bei der Attraktivität von Parteien. Die Koeffizienten aus dem Gebiet der europaspezifischen Einstellungen sind fast alle signifikant, wenn auch weniger groß als bei den allgemeinpolitischen Items, allerdings finden sich bei den *nicht* signifikanten Werten einige Überraschungen: Zum ersten scheint die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu haben, was angesichts des in den Medien und der Politikwissenschaft immer wieder konstatierten Legitimations- und damit Demokratiedefizits der Europäischen Union nur bedeuten kann, dass dies den Bürgern nicht bekannt oder gleichgültig ist.

Weiterhin fällt auf, dass auf konkrete politische Positionen bezogenen Fragen ebenfalls in keinem Zusammenhang mit der Bereitschaft zur Wahl zu stehen scheinen, dies gilt insbesondere für die europäische Integrationspolitik, von der Faas (2003) ja gerade behauptet, es gäbe auf der Angebotsseite der Parteien praktisch keine Unterschiede in dieser Hinsicht, und dies auch für problematisch hält. Die Erklärung dafür findet sich in der geringen Varianz der Variable „Differenz zur nächsten Partei, europ. Integration“, deren Mittelwert (0,67 auf einer Skala von 0 bis 9) zudem darauf hindeutet, dass

---

<sup>5</sup> Angesichts der Ergebnisse von Schmitt und van der Eyck (2003) sind zwar die Ansprüche an die Stärke der Koeffizienten gering, nichtsdestotrotz erscheint es sinnvoll, die Variablen aus dem Modell zu nehmen, die nicht einmal ohne Kontrolle der anderen Einflüsse über ein Prozent der Varianz in der Wahlbeteiligung erklären können.

<sup>6</sup> Dies waren Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

die allermeisten Befragten durchaus eine zu ihrer Präferenz passende Partei gefunden haben.

Als letztes sei auf den Koeffizienten des Items zur affektiven EU-Bindung hingewiesen, der sich bei Schmitt und van der Eyck (2003) nicht findet und hier den größten Wert unter den EU-Einstellungen aufweist. Eine solche diffuse Unterstützung der EU scheint einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen zu haben. Diese kausale Beziehung kann allerdings nur in einer multivariaten Regression überprüft werden, wie sie im nächsten Abschnitt zuerst einmal ausschließlich mit den EU-spezifischen Fragen durchgeführt werden soll.

Tabelle 4: Korrelate der berichteten Wahlbeteiligung

Indikator	Korrelationskoeffizient (r, p < 0,05)
EU-Mitgliedschaft gut	0,15
Integration zu weit gegangen	0,15
Affektive Bindung zur EU	0,19
Zufriedenheit EU-Demokratie	n.s.
Vertrauen zu Entscheidungen d. EU	0,15
Vertrauen in EU-Institutionen	0,17
Rechte von EU-Bürgern in Dtl.	n.s.
Parteibindung	0,20
Wahlwahrscheinlichkeit	0,25
Wechselwähler	0,14
Distanz(EU-Integration)	n.s.
Distanz(links-rechts)	n.s.
Parteienkompetenz	0,19
Politikinteresse	0,25
Interesse an der Wahl	0,4
Nachrichten/Gespräche über Wahl	0,25
Alter	0,18
Geschlecht	n.s.
Bildung	0,11
Gewerkschaftsmitglied	n.s.
Kirchenbindung	0,10
Stadt-Land	n.s.

### 3.3 Multivariates Analysemodell

In der folgenden Kausalanalyse werden sowohl lineare als auch logistische Regressionen verwendet, da beide Verfahren spezifische Vor- und Nachteile bei der Analyse individueller Wahlbeteiligung haben: Traditionell wird die Nutzung logistischer Regressionen damit begründet, dass die abhängige Variable dichotom ist, mithin eine lineare Schätzung dem theoretischen Modell nicht gerecht wird und unter Umständen Koeffizienten außerhalb des theoretisch sinnvollen Rahmens liegen können (vgl. die ausführliche Darstellung bei Kleinhenz 1995: 81-84). Andererseits sind die Ergebnisse von logistischen Regressionen weniger einfach zu interpretieren, zudem ist die implizite Schätzung von Interaktionseffekten zwischen allen unabhängigen Variablen nicht immer theoretisch begründbar und gewollt, worauf Franklin et al. (1996: 431-433) hinweisen. Die Autoren können jedoch auch belegen, dass die Ergebnisse sich nicht unbedingt unterscheiden müssen, und die signifikanten Einflussgrößen sich in beiden Modellen zeigen.

In einem ersten Regressionsmodell soll der Frage nachgegangen werden, welche *maximale* Erklärungskraft die Einstellungen zur Europäischen Union für die Wahlbeteiligung haben, die Frage nach den Unterschieden zwischen den einzelnen Einstellungs-Items soll erst einmal unberührt bleiben, da zu erwarten ist, dass sich diese im vollständig spezifizierten Modell von den folgenden Werten unterscheiden.

Die in Tabelle 5 gezeigten Werte entsprechen im Prinzip denen von Schmitt und van der Eyck (2003: 297): Lediglich zwei Regressionskoeffizienten sind statistisch signifikant, nämlich die Zustimmung und die affektive Bindung an die EU. Interessanter ist jedoch die Tatsache, dass auch mit den Daten der deutschen 2004er Studie weit weniger als 10 Prozent der Varianz in der Wahlbereitschaft zu erklären sind, und zwar unabhängig von dem verwendeten Regressionsmodell. Dies legt die Vermutung nahe, dass auch bei der letzten Europawahl genuin europaspezifische Einstellungen nur einen geringen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung hatten. Es bleibt zu untersuchen, inwieweit überhaupt ein Einfluss festgestellt werden kann, wenn die anderen Determinanten, allen voran das politische Interesse und der Kontext, in das Modell aufgenommen werden.

Die Ergebnisse der blockweisen Regressionen, in denen zuerst sozialstrukturelle und Kontext-Faktoren, dann allgemein-politische und schließlich EU-spezifische Einstellungen in das Modell aufgenommen wurden, finden sich in Tabelle 7. Von besonderem Interesse sind jedoch zuerst die Maße der Varianzaufklärung, die einmal mehr zeigen, dass europaspezifische Einstellungen nur minimal zur Erklärung individueller Beteiligung bei den Europawahlen beitragen können. Vergleicht man die Daten von Schmitt und van der Eyck (2003) mit denen in Tabelle 3.3, zeigen sich im Prinzip die gleichen Ergebnisse wie für die deutschen Europawahlen der letzten 15 Jahre.

Da es in dieser Arbeit aber nicht nur um den Einfluss der europaspezifischen Faktoren geht, sind die Gütekriterien der beiden Regressionsmodelle auch für sich genommen von Interesse: Zuerst bestätigt sich die Erwartung, dass ein logistisches Modell

Tabelle 5: Einstellungen zur EU und Wahlbeteiligung

Einstellungen zur EU und Wahlbeteiligung (multiple Regressionen)				
Indikator	Lineare Regression		Logistische Regression	
	Beta	Signifikanz	$e^{\beta}$	Signifikanz
EU-Mitgliedschaft gut	0,15	,04	1,255	,05
Integration zu weit gegangen	0,15	,42	1,033	,41
Affektive Bindung zur EU	0,19	,01	1,434	,01
Vertrauen zu Entscheidungen d. EU	0,15	,53	1,127	,52
Vertrauen in EU-Institutionen	0,17	,14	1,091	,14
Varianzaufklärung	0,06 (adj. R <sup>2</sup> )		0,08 (Nagelkerke R <sup>2</sup> )	

den empirische Daten besser entspricht und der *model fit* dementsprechend größer ist als bei der OLS-Regression. Zudem beeinflusst die Hinzunahme des Kontextfaktors „Gleichzeitige andere Wahl“ erheblich die Varianzaufklärung, die insgesamt mit den Ergebnissen der vorangegangenen Studien weitgehend vergleichbar ist (vgl. Franklin et al. 1996; Schmitt und van der Eyck 2003; Schmitt 2005).

Tabelle 6: Determinanten der Wahlbeteiligung: Varianzaufklärung

	Lineare Regression	Logistische Regression
	adj. R <sup>2</sup>	Nagelkerke R <sup>2</sup>
Sozialstruktur und Kontext	0,05	0,09
zusätzlich pol. Einstellungen	0,24	0,36
zusätzlich EU-Einstellungen	0,24	0,38

Auch bei der Betrachtung der einzelnen Regressionskoeffizienten zeigen sich einige erwartete Zusammenhänge: Die wichtigsten Einflussfaktoren sind die Teilnahme am Wahlkampf und das Interesse an der Wahl, was angesichts der eindeutigen Frageformulierung nicht überrascht. Wer sich für die Europawahl besonders interessiert, geht eher wählen als ein weniger interessierter Mitbürger. Auch die relative Bedeutungslosigkeit des Faktors „allgemeines Politikinteresse“ lässt sich damit erklären, dass das konkrete Item bezogen auf die Wahl diese Einstellungen besser abbildet. Zudem ist es plausibel anzunehmen, dass die Mediennutzung zu diesem Thema und die darauf bezogene Anschlusskommunikation, also das konkrete Verhalten während des Wahlkampfes, ebenfalls die Bereitschaft beeinflusst, an der Wahl teilzunehmen.

Der Zusammenhang zwischen positiven Einstellungen zur Wahl und starker Involvierung im Wahlkampf lässt sich mit den vorliegenden Regressionsmodellen jedoch nicht klären, da in den geschätzten Modellen *per definitionem* alle Faktoren gleichrangig

behandelt werden.<sup>7</sup>.

Tabelle 7: Determinanten der Wahlbeteiligung

Determinanten der Wahlbeteiligung (multiple Regressionen)		
Indikator	stand. Beta	$e^{\beta}$
Andere Wahl	0,13***	2,33***
Alter	0,11**	1,02***
Bildung	0,02	1,00
Kirchenbindung	0,01	1,10
Politikinteresse	0,01	1,05
Interesse an der Wahl	0,28***	2,82***
Nachrichten/Gespräche über Wahl	0,13***	3,09***
Parteibindung	0,03	1,23
Wahlwahrscheinlichkeit	0,09*	1,11*
Wechselwähler	-0,10**	0,54**
Parteienkompetenz	0,07	1,43
EU-Mitgliedschaft gut	0,03	1,07
Integration zu weit gegangen	0,10**	1,12**
Affektive Bindung zur EU	0,02	1,05
Vertrauen zu Entscheidungen d. EU	-0,06	0,81
Vertrauen in EU-Institutionen	0,05	1,07
Varianzaufklärung	0,24 (adj. R <sup>2</sup> )	0,38 (Nagelkerke R <sup>2</sup> )

\* p < 0,1; \*\* p < 0,05; \*\*\* p < 0,01

Von den Faktoren, die das Konstrukt Parteibindung repräsentieren, sind lediglich zwei statistisch signifikant, nämlich die Wahlwahrscheinlichkeit der für den Befragten attraktivsten Partei und vor allem die Wechselwahlabsticht. Wenn ein Bürger die Absicht hat, bei der nächsten Bundtagswahl eine andere Partei zu wählen, dann ist die Chance, dass er zur Europawahl geht, erheblich geringer als bei den Wählern ohne Wechselabsicht. (Fehlende) Parteibindungen sind offenbar eine Ursache für Wahlenthaltung, ebenso wie politisches Interesse und die Anteilnahme am Wahlkampf, dies gilt für Europawahlen ebenso wie für nationale und regionale Wahlen.

Der einzige signifikante sozialstrukturelle Faktor ist Alter, obwohl der Zusammenhang hier linear geschätzt wurde. Der Effekt hat zwar die vermutete Richtung – ältere Bürger gehen eher wählen als jüngere –, ist aber relativ schwach. Bildung und Kirchenbindung haben bei Konstanzhaltung anderer Faktoren keinen Einfluss auf die Wahl-

<sup>7</sup> Franklin et al. (1996: 433) weisen auf diese Restriktionen insbesondere bei der logistischen Regression hin. Vgl. dazu Schmitt und van der Eyck (2003), die der Frage nach der kausalen Ordnung der Faktoren mit Strukturgleichungsmodellen auf den Grund gehen, deren Ergebnisse jedoch nicht präsentieren.

beteiligung. Relativ stark ist hingegen die Bedeutung einer gleichzeitig stattfindenden anderen Wahl, die die Wahrscheinlichkeit, dass jemand wählen geht, mehr als verdoppelt.

Bis hierhin sind die beobachteten Zusammenhänge konsistent mit unseren Erwartungen, allerdings wirken die genannten Faktoren in praktisch allen Wahlen, die Frage nach dem Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen nationalen und Europawahlen können sie also nicht erklären. Spielen also europaspezifische Einstellungen bei Europawahlen eine Rolle? Angesichts der Tatsache, dass aus dem Variablenbündel zu EU-Einstellungen lediglich ein Faktor signifikant ist, und dass der Effekt der Einstellung zu europäischer Integration sehr gering ist, läßt sich diese Frage zwar nicht komplett verneinen, aber ein starker Einfluss ist empirisch nicht festzustellen.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Interessant wäre an dieser Stelle ein Vergleich mit den Ergebnissen von Blondel et al. (1998: 224) gewesen, dies scheitert jedoch an den bekannten Unterscheidungen der Autoren in absichtliche und zufällige Abstinenz, für die leider nur die Ergebnisse gesplitteter Analysen vorliegen.

## 4 Zusammenfassung

Wie sind nun die europaspezifischen Faktoren in ihrem (fehlenden) Einfluss zu bewerten? Erstens kann nicht ausgeschlossen werden, dass es ein gewisses Maß an europa-feindlicher Wahlenthaltung bei der deutschen Europawahl 2004 gab, da eine negative Beurteilung der europäischen Integration eine niedrigere Wahlbereitschaft zur Folge hat. Andererseits spielt weder die affektive Bindung an Europa noch das Ver- oder Miss-trauen in Institutionen und Entscheidungen der EU eine Rolle bei der Wahlbeteiligung. Die wichtigste Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Analysen ist also, dass europaspezifische Einstellungen weder direkt, also in Form von Institutionenvertrauen oder generischer Unterstützung der EU, noch indirekt über die Zustimmung zu den europapolitischen Angeboten der Parteien großen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung ausüben.

Wie kann man dennoch die *Euro-Gap* erklären, wenn die Bürger weder wegen einer europaskeptischen Haltung noch mangels attraktiver Wahlalternativen zu Hause bleiben? Die Antwort heißt wahrscheinlich immer noch *second order election*: Große Anteile derjenigen Bürger, die bei nationalen Wahlen wählen gehen, bleiben bei den Europawahlen zuhause, obwohl sie um den Einfluss der Europäischen Union auf die nationale Politik wissen. Anders formuliert sind die Mechanismen, die den Wahlberechtigten ins Wahllokal bringen, die gleichen wie bei anderen Wahlen auch, doch bewegen sich offenbar die Stimuli bei Europawahlen auf einem erheblich niedrigerem Niveau.

Hier gilt es denn auch, die in der Wahlbeteiligung „verborgenen“ EU-Spezifika zu untersuchen, etwa in den Strukturen und Prozessen der Europäischen Union, in der (fehlenden?) europäischen Öffentlichkeit, in der Medienberichterstattung und im Wahlkampf.<sup>9</sup> Und hier sind auch die Ansatzpunkte für politische Maßnahmen, die mittelfristig die Wahlbeteiligung wieder erhöhen könnten, zu suchen, etwa in der Förderung eines europäischen Parteienwettbewerbs und der Demokratisierung der EU-Institutionen. Auch wenn man die europaweit sinkende Wahlbeteiligung im Sinne einer Normalisierungshypothese nicht unbedingt negativ bewertet, muss der Abstand in der Beteiligung zwischen nationalen und Europawahlen zu denken geben, der offenbar nicht mit der zunehmenden Europäisierung der nationalen Politik geringer wird.

Jenseits von institutionellen Hilfsmitteln wie Wahlpflicht und dem gleichzeitigen Abhalten anderer Wahlen, die der Beteiligung bei der Europawahl offensichtlich auf die Sprünge helfen, bleibt als einzige Möglichkeit, die Teilnahme an der Wahl für die Bürger attraktiver zu machen. Das wird nur mit einer weitergehenden Parlamentarisierung der EU und einer Ausweitung der Parteienkonkurrenz auf europäischer Ebene möglich sein, so dass die Europawahlen vielleicht irgendwann als *first order elections* statt als „Pflichtübung“ (Wüst und Roth 2005) wahrgenommen werden.

---

<sup>9</sup> Dies erfordert natürlich ein umfangreicheres Forschungsprogramm, in dem zumindest Umfragedaten und Medieninhalte analysiert werden. Vgl. dazu die Arbeiten und Projekte etwa von Banducci und Semetko (2003) und dem Europub.com-Projekt (<http://europub.wz-berlin.de>).

## Literatur

- Banducci, S./ Semetko, H. A. (2003): Media, Mobilization and European Elections. Version vom 10.3.2003,  
URL : <http://www.ucd.ie/dempart/workingpapers/media.pdf>.
- Blondel, J./ Sinnott, R./ Svensson, P. (1998): *People and Parliament in the European Union*. Oxford: Clarendon Press.
- Eilfort, T. (1994): *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn: Schöningh.
- Faas, T. (2003): Europa, wie es den Bürgern gefällt? Positionen von Wählern, Parteien und ihren Europaabgeordneten im Vergleich. In: Brettschneider, F./ van Deth, J./ Roller, E. (Hg.) *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, 395–422, Opladen: Leske + Budrich.
- Franklin, M./ van der Eyck, C./ Oppenhuis, E. (1996): The Institutional Context: Turnout. In: Franklin, M./ van der Eyck, C. (Hg.) *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of the Union*, Kap. 19, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kleinhenz, T. (1995): *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rose, R. (2004): Europe expands, turnout falls. The Significance of the 2004 European Parliament Election, CSPP, Glasgow.
- Roth, D./ Kornelius, B. (2004): Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17: 46–54.
- Schmitt, H. (2005): The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-order?, Version vom 4.2.2005,  
URL : [http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/HS\\_EP\\_ParElec\\_2004.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/HS_EP_ParElec_2004.pdf).
- Schmitt, H./ van der Eyck, C. (2003): Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. In: Brettschneider, F./ van Deth, J./ Roller, E. (Hg.) *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, 279–302, Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, A./ Roth, D. (2005): Parteien, Programme und Wahlverhalten. In: Tenscher, J. (Hg.) *Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Europawahl 2004*, Wiesbaden: VS-Verlag, im Druck.